



Antrag Nr.: A0839/14
Datum: 17.01.2014

A N T R A G

SPD-Fraktion

Gegenstand:

Schaffung von barrierefreiem Wohnraum

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. dem Stadtrat bis zum März 2014 Maßnahmenvorschläge zu unterbreiten, wie der Bau und die Verfügbarkeit von behindertengerechten Wohnungen in Dresden gesteigert werden kann.
2. die städtischen Mittel für das Wohnungsanpassungsprogramm zu verdoppeln. Die dafür jährlich zusätzlich erforderlichen 150.000 Euro können aus den Mitteln des Gagfah-Vergleichs genommen werden.
3. im Rahmen von Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren, insbesondere bei städtebaulichen Verträgen zu privaten Wohnungsbauvorhaben auf den Bau behindertengerechter Wohnungen hinzuwirken. Dem Behindertenbeirat und dem Bauausschuss ist jeweils zum Ende eines Jahres über das Ergebnis der Bemühungen und über die Zahl der neu gebauten behindertengerechten Wohnungen zu berichten.
4. noch im Jahr 2014 mindestens ein städtisch gefördertes Vorhaben zum Bau von behindertengerechten und bezahlbaren Wohnungen auf den Weg zu bringen und dazu eine Vorlage in den Stadtrat einzubringen.
5. Zur Erfüllung von Punkt 3 wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, ein oder mehrere geeignete stadteigene Grundstücke, auf denen mehrgeschossige Wohngebäude mit mindestens vier Wohnungen errichtet werden können, unter dem Verkehrswert an Wohnungsbaugenossenschaften, private Investoren oder an die STESAD zu verkaufen. Ziel ist die Schaffung von behindertengerechtem Wohnraum, deren Mietzins unter dem frei finanzierten Wohnungen liegt. Weiteres Ziel ist, dass in jedem Gebäude eine DIN-gerechte Wohnung für Behinderte errichtet wird, deren Mietzins

auf Dauer von Sozialamt oder dem Job Center übernommen werden kann. Entsprechende Belegungsrechte sind zu sichern. Dem Stadtrat ist bis zum April 2014 mitzuteilen, über wie viele Grundstücke, die für diesen Zweck geeignet sind, die Stadt verfügt.

6. darzulegen, auf wie viele behindertengerechte Wohnungen die Stadt über Belegungsrechte zugreifen kann, wie sich der Bedarf entwickeln wird und was die Stadt tut, um genügend barrierefreien Wohnraum für sozial Bedürftige vorhalten zu können.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	beratend
Behindertenbeirat		nicht öffentlich	beratend
Seniorenbeirat		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Im „Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderung“ wird auf die schlechte Wohnsituation für Menschen mit Behinderung und den steigenden Bedarf an behindertengerechtem Wohnraum hingewiesen. Es wird festgestellt, dass nach den Untersuchungen des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung e.V. bisher

- 60% der befragten Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in Mehrfamilienhäusern wohnen und ihre Wohnung nicht stufenlos erreichen können
- nur 1% der Befragten in einer behindertenfreundlichen Situation lebt
- 81% der Wohnsituationen als gut mit Einschränkungen für behinderte und ältere Menschen eingestuft werden
- lediglich 8% der Befragten nach eigener Einschätzung in behinderten- und seniorenfreundlichen Wohnungen leben
- von ca. 2900 Rollstuhlnutzenden nur 970 in behindertengerechten Wohnungen leben.

Deshalb kommt der Errichtung von behindertengerechten Wohnungen eine besondere Bedeutung zu. Die Stadt muss Maßnahmen ergreifen, um die Situation der Betroffenen jetzt und in Zukunft zu verbessern. Dazu gehört auch, einige behindertengerechte Wohnungen nach der DIN 18025 zu fördern.

Gleichzeitig zur Zunahme des Bedarfes in diesem speziellen Bereich ist der marktrelevante Wohnungsleerstand auf dem gesamten Wohnungsmarkt in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen und betrug Ende 2012 etwa 3,5 % (Schreiben der OB vom 02.08.2013). Daraus resultiert ein genereller Anstieg der Mieten auf dem freien Markt.

Heute neu gebaute Wohnungen, die ohne oder nur mit geringer öffentlicher Förderung errichtet werden, sind für viele Dresdnerinnen und Dresdner nicht bezahlbar. Dies erschwert die Situation für Wohnungssuchende mit den speziellen Bedürfnissen mobilitätseingeschränkter Menschen zusätzlich. Besonders der Anteil der Betroffenen, die

bei der Wohnungssuche nur Angebote im Rahmen der Kosten der Unterkunft berücksichtigen können (für einen Rollstuhlnutzenden 347 Euro Kaltmiete), werden es schwer haben, auf dem freien Markt geeigneten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Gerade für diese Menschen muss ein vernünftiges Angebot an Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist auch zu prüfen, ob und wie ein Teil der Mittel aus dem Gagfah-Vergleich für soziale Zwecke für diese Aufgabe eingesetzt werden kann.

Dr. Peter Lames
Fraktionsvorsitzender